

Presseerklärung zum Endlagerhearing 21.9.93

Endlagerhearing droht eine Alibiveranstaltung zu werden

Kommt es zum Endlager-Kuhhandel zwischen Bundesregierung, Energieversorgungsunternehmen und SPD ?

Während auf dem heute in Braunschweig beginnenden Endlagerhearing drei Tage über Kriterien für sichere atomare Endlager beraten werden soll, zeichnet sich hinter den Kulissen unabhängig von jeglichen Sicherheitskriterien ein politischer Deal über die Realisierung der Endlagerprojekte Gorleben und Schacht Konrad ab.

Bereits im Juni 1993 hatte Bundesumweltminister Töpfer in einem Papier für die Bonner Energiekonsensgespräche angedeutet, daß die Bauarbeiten am Endlager Gorleben bis zum Jahr 2005 ausgesetzt werden könnten, wenn zum einen weitere Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle politisch genehmigt würden und zum anderen die SPD der zügigen Realisierung des Endlagerprojektes für schwach- und mittelradioaktive Abfälle Schacht Konrad zustimmen würde. Insbesondere der Anfall von etwa 13.000 Kubikmetern schwach- und mittelradioaktiver Abfälle pro Jahr bringt die Atomwirtschaft zunehmend ins Schwitzen. Ohne Endlager muß nach Angaben der Energieversorgungsunternehmen ab 1997 alle 1,5 Jahre ein neues Zwischenlager in der Größe des Gorlebener Faßlagers errichtet werden.

Mittlerweile verdichten sich die Greenpeace vorliegenden Informationen, wonach in den letzten Monaten zwischen Bundesregierung, EVU und SPD ernsthaft über einen derartigen Endlagerkuhhandel beraten wurde. Sollten diese Informationen zutreffend sein, dann würde das Endlagerhearing eine reine Alibiveranstaltung. Greenpeace fordert deshalb die SPD auf klar und unmissverständlich zu erklären, ob sie einen derartigen Kuhhandel verfolgt.

Wie wenig Sicherheitskriterien die Politik in der Frage der Endlager leiten, zeigt die Beharrlichkeit, wie trotz gravierender Sicherheitsmängel an den Projekten Morsleben, Schacht Konrad und Gorleben festgehalten wird. Im Vordergrund steht das Interesse am Weiterbetrieb der laufenden Atomkraftwerke.

Morsleben: Trotz fehlenden Nachweises der Langzeitsicherheit, ungeachtet der nachgewiesenen Wasserzuflüsse und Einsturzgefahr gab Töpfer dieses ehemalige DDR-Endlager zur weiteren Einlagerung frei. Die Einlagerung von schwachradioaktiven Abfällen würde der Atomwirtschaft zumindest etwas Luft verschaffen.

Schacht Konrad: Das Bundesamt für Strahlenschutz blieb den Nachweis der Langzeitsicherheit schuldig. Welcher Atom Müll eingelagert werden soll, seine Beschaffenheit und Herkunft konnte vom BfS nicht beantwortet werden. Trotzdem drängt Töpfer auf eine zügige Inbetriebnahme, um den endgültigen atomaren Entsorgungsnotstand noch abzuwenden.

Gorleben: Obwohl seit Jahren bekannt ist, daß der Salzstock Gorleben als Endlager insbesondere für hochradioaktive Abfälle nicht geeignet ist, wird das Projekt mit Milliardeninvestitionen weiterverfolgt. Am Endlager Gorleben hängt der Entsorgungsnachweis der laufenden Atomkraftwerke.

Weltweit existiert kein akzeptables Konzept zur sicheren Beseitigung der stetig wachsenden Atommüllmenge. Deshalb muß endlich die Schlußfolgerung gezogen werden und die Atommüllproduktion eingestellt werden. Ob man jemals ein annehmbares Konzept zum sicheren Abschluß der Atomabfälle für Jahrhunderttausende von Jahren finden wird, muß nach heutigem Kenntnisstand bezweifelt werden.

Als gesichert gilt auch in Fachkreisen, daß eine wie auch immer geartete "Lösung" ganz wesentlich von der möglichst begrenzten Menge des Atommülls abhängig ist. Insofern ist es unverantwortlich, heute losgelöst von der Beendigung der Atommüllproduktion und damit der Nutzung der Atomenergie über angebliche Lösungen zu debattieren.

Greenpeace erwartet von dem Endlagerhearing, daß es sich diesem Problem widmet. "Wenn mein Haus unter Wasser steht, dann werde ich zunächst den offenen Wasserhahn zudrehen, bevor ich mit dem Abschöpfen des Wassers beginne." So die logische Schlußfolgerung des Greenpeace-Atomexperten Heinz Laing auf dem Endlagerhearing in Braunschweig.

Greenpeace schlägt mit einem konkreten Ausstiegsfahrplan ein Konzept zur Beendigung der Atommüllproduktion vor. Unabhängig von unserer grundsätzlichen Forderung, daß ein Sofortausstieg aus der Atomenergie aus sicherheitstechnischen und ökologischen Gründen richtig und wünschenswert ist, legt Greenpeace einen modifizierten Ausstiegsfahrplan vor, der den realen politischen Verhältnissen Rechnung trägt.